

Änderung vom

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...¹,
beschliesst:*

I

Die nachstehenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

1. Strafgesetzbuch²

Gliederungstitel vor Art. 34

Dritter Titel: Strafen und Massnahmen

Erstes Kapitel: Strafen

Erster Abschnitt: Geldstrafe und Freiheitsstrafe

Art. 34 Abs. 1 erster Satz und 2 erster Satz

¹ Bestimmt es das Gesetz nicht anders, so beträgt die Geldstrafe höchstens 180 Tagessätze. ...

² Ein Tagessatz beträgt mindestens 30 und höchstens 3000 Franken.
...

Art. 36 Abs. 3 Bst. c, 4 und 5

³ Kann der Verurteilte die Geldstrafe nicht bezahlen, weil sich ohne sein Verschulden die für die Bemessung des Tagessatzes massgebenden Verhältnisse seit dem Urteil erheblich verschlechtert haben, so kann er dem Gericht beantragen, den Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe zu sistieren und stattdessen:

c. Aufgehoben

⁴ *Aufgehoben*

⁵ Soweit der Verurteilte die Geldstrafe trotz verlängerter Zahlungsfrist oder herabgesetztem Tagessatz nicht bezahlt, wird die Ersatzfreiheitsstrafe vollzogen.

¹ BBl ...
² SR 311.0

Art. 37 -39

Aufgehoben

Art. 40

2. Freiheitsstra-¹ Die Minstdauer der Freiheitsstrafe beträgt drei Tage; vorbehalten
fe bleibt eine kürzere Freiheitsstrafe anstelle einer nicht bezahlten Geld-
strafe (Art. 36) oder Busse (Art. 106).

² Die Höchstdauer der Freiheitsstrafe beträgt 20 Jahre. Wo es das
Gesetz ausdrücklich bestimmt, dauert die Freiheitsstrafe lebensläng-
lich.

Art. 41

Aufgehoben

Art. 42 Abs. 1, 2 und 4

¹ Das Gericht schiebt den Vollzug einer Freiheitsstrafe von höchstens
zwei Jahren in der Regel auf, wenn eine unbedingte Strafe nicht
notwendig erscheint, um den Täter von der Begehung weiterer
Verbrechen oder Vergehen abzuhalten.

² Wurde der Täter innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Tat zu einer
bedingten oder unbedingten Freiheitsstrafe von mehr als sechs Mona-
ten verurteilt, so ist der Aufschub nur zulässig, wenn besonders güns-
tige Umstände vorliegen.

⁴ *Aufgehoben*

*Art. 43 Randtitel, Abs. 1 und 3 erster Satz (zweiter Satz betrifft nur
den französischen Text)*

2. Teilbedingte¹ Das Gericht kann den Vollzug einer Freiheitsstrafe von mindestens
Freiheitsstrafe einem Jahr und höchstens zwei Jahren lediglich teilweise aufschieben,
wenn dies notwendig ist, um dem Verschulden des Täters genügend
Rechnung zu tragen.

³ Sowohl der aufgeschobene wie auch der zu vollziehende Teil müs-
sen mindestens sechs Monate betragen. ...

Art. 46 Abs. 1 dritter Satz

Aufgehoben

Art. 51 zweiter Satz

... Ein Tag Haft entspricht einem Tagessatz Geldstrafe.

Art. 67c (neu)

3a. Landes-
verweisung

¹ Das Gericht kann einen Ausländer für 3 bis 15 Jahre des Landes verweisen, wenn es ihn zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme im Sinne von Artikel 61 oder 64 anordnet.

² Die Landesverweisung gilt ab Rechtskraft des Urteils; im Falle des Vollzugs der Strafe oder Massnahme, gilt sie, sobald der Verurteilte entlassen wird.

³ Die Landesverweisung kann auf Lebenszeit ausgesprochen werden, sofern der Verurteilte eine neue Tat begeht, die im Sinne von Absatz 1 geahndet wird, und er die neue Tat begeht während:

- a. des Vollzugs der Strafe oder Massnahme, dessentwegen die Landesverweisung nicht mit Rechtskraft des Urteils Gültigkeit erlangte; oder
- b. der Dauer einer gültigen Landesverweisung.

Art. 77b Abs. 1 dritter Satz und 2 (neu)

¹ ... Die für diese Vollzugsdauer notwendige Betreuung des Gefangenen ist zu gewährleisten.

² Eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als sechs Monaten und eine nach Anrechnung der Untersuchungshaft verbleibende Reststrafe von nicht mehr als sechs Monaten werden in der Regel in der Form der Halbfangenschaft vollzogen. Sie können in einer besonderen Abteilung eines Untersuchungsgefängnisses vollzogen werden.

Art. 79 Randtitel, Abs. 1 und 2

Tageweiser
Vollzug

¹ Eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als 28 Tagen kann auf Gesuch hin tageweise vollzogen werden. Sie wird in mehrere Vollzugsabschnitte aufgeteilt, die auf Ruhe- oder Ferientage des Verurteilten fallen.

² Sie kann in einer besonderen Abteilung eines Untersuchungsgefängnisses vollzogen werden.

Art. 79a (neu)

Gemeinnützige Arbeit ¹ Eine Freiheitsstrafe von nicht mehr als sechs Monaten kann auf Gesuch des Verurteilten hin in der Form von gemeinnütziger Arbeit vollzogen werden.

² Die gemeinnützige Arbeit ist zugunsten von sozialen Einrichtungen, Werken in öffentlichem Interesse oder hilfsbedürftigen Personen zu leisten. Sie wird unentgeltlich geleistet.

³ Vier Stunden gemeinnütziger Arbeit entsprechen einem Tag Freiheitsstrafe.

⁴ Die Vollzugsbehörde bestimmt dem Verurteilten eine Frist von höchstens zwei Jahren, innerhalb der er die gemeinnützige Arbeit zu leisten hat.

⁵ Soweit der Verurteilte die gemeinnützige Arbeit nicht innert Frist leistet, wird die Freiheitsstrafe vollzogen.

Art. 79b (neu)

Electronic Monitoring ¹ Die Vollzugsbehörde kann auf Gesuch des Verurteilten hin den Einsatz elektronischer Geräte und deren feste Verbindung mit dem Verurteilten (Electronic Monitoring) anordnen anstelle:

- a. des Vollzugs einer Freiheitsstrafe von einem bis zu sechs Monaten oder
- b. des Arbeits- und Wohnexternates bei Freiheitsstrafen von mindestens 18 Monaten; in diesem Fall muss das Electronic Monitoring mindestens drei Monate dauern.

² Sie kann den Vollzug in Form des Electronic Monitoring anordnen, wenn:

- a. der Verurteilte über eine dauerhafte Unterkunft verfügt;
- b. der Verurteilte einer geregelten Arbeit, Ausbildung oder Beschäftigung von mindestens 20 Stunden pro Woche nachgeht oder ihm eine solche zugewiesen werden kann;
- c. die mit dem Verurteilten in derselben Wohnung lebenden erwachsenen Personen zustimmen; und
- d. der Verurteilte einem für ihn ausgearbeiteten Vollzugsplan zugestimmt hat.

³ Ist die Voraussetzung nach Absatz 2 Buchstabe a oder b nicht mehr erfüllt oder verletzt der Verurteilte seine im Vollzugsplan festgehaltenen Pflichten, so kann die Vollzugsbehörde den Vollzug in Form des Electronic Monitoring abbrechen oder die dem Verurteilten zustehende freie Zeit einschränken.

⁴ Der Bundesrat regelt für das Electronic Monitoring die Einzelheiten

des Bewilligungsverfahrens und des Vollzugs.

Art. 106 Abs. 2, 3 und 3^{bis} (neu)

² Aufgehoben

³ Das Gericht bemisst die Busse je nach den Verhältnissen des Täters so, dass dieser die Strafe erleidet, die seinem Verschulden angemessen ist.

^{3bis} Es spricht im Urteil für den Fall, dass die Busse nicht bezahlt wird, eine Ersatzfreiheitsstrafe aus. Hundert Franken Busse entsprechen einem Tag Freiheitsstrafe. Die Ersatzfreiheitsstrafe beträgt jedoch mindestens einen Tag und höchstens drei Monate.

Art. 107

Aufgehoben

Schlussbestimmungen zur Änderung vom ...

Wurde der Täter innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Tat nach bisherigem Recht zu einer Geldstrafe von mehr als 180 Tagsätzen verurteilt, so ist der Aufschub des Vollzugs einer Freiheitsstrafe (Art. 42 Abs. 1) nur zulässig, wenn besonders günstige Umstände vorliegen.

2. Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927³

Gliederungstitel vor Art. 28

Dritter Titel: Strafen und Massnahmen

Erstes Kapitel:

Geldstrafe, Freiheitsstrafe, Degradation

Art. 28 Abs. 1 erster Satz und 2 erster Satz

¹ Bestimmt es das Gesetz nicht anders, so beträgt die Geldstrafe höchstens 180 Tagessätze. ...

² Ein Tagessatz beträgt mindestens 30 und höchstens 3000 Franken. ...

Art. 30 Abs. 3 Bst. c, 4 und 5

³ Kann der Verurteilte die Geldstrafe nicht bezahlen, weil sich ohne sein Verschulden die für die Bemessung des Tagessatzes massgebenden Verhältnisse seit dem Urteil erheblich verschlechtert haben, so kann er dem Gericht beantragen, den Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe zu sistieren und stattdessen:

c. *Aufgehoben*

⁴ *Aufgehoben*

⁵ Soweit der Verurteilte die Geldstrafe trotz verlängerter Zahlungsfrist oder herabgesetztem Tagessatz nicht bezahlt, wird die Ersatzfreiheitsstrafe vollzogen.

Art. 31 - 33

Aufgehoben

Art. 34

2. Freiheitsstrafe ¹ Die Mindestdauer der Freiheitsstrafe beträgt drei Tage; vorbehalten bleibt eine kürzere Freiheitsstrafe anstelle einer nicht bezahlten Geldstrafe (Art. 30) oder Busse (Art. 60c).

² Die Höchstdauer beträgt 20 Jahre. Wo es das Gesetz ausdrücklich bestimmt, dauert die Freiheitsstrafe lebenslänglich.

³ SR 321.0

Artikel 34a

Aufgehoben

Art. 36 Abs. 1, 2 und 4

¹ Das Gericht schiebt den Vollzug einer Freiheitsstrafe von höchstens zwei Jahren in der Regel auf, wenn eine unbedingte Strafe nicht notwendig erscheint, um den Täter von der Begehung weiterer Verbrechen oder Vergehen abzuhalten.

² Wurde der Täter innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Tat zu einer bedingten oder unbedingten Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten verurteilt, so ist der Aufschub nur zulässig, wenn besonders günstige Umstände vorliegen.

⁴ *Aufgehoben*

Art. 37 Randtitel, Abs. 1 und 3 erster Satz (zweiter Satz betrifft nur den französischen Text)

2. Teilbedingte
Freiheitsstrafe

¹ Das Gericht kann den Vollzug einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr und höchstens zwei Jahren lediglich teilweise aufschieben, wenn dies notwendig ist, um dem Verschulden des Täters genügend Rechnung zu tragen.

³ Sowohl der aufgeschobene wie auch der zu vollziehende Teil müssen mindestens sechs Monate betragen. ...

Art. 40 Abs. 1 dritter Satz

Aufgehoben

Art. 44 Abs. 2

Ein Tag Haft entspricht einem Tagessatz Geldstrafe.

Art. 50a^{ter} (neu)

¹ Das Gericht kann einen Ausländer für 3 bis 15 Jahre des Landes Landesverweisung verweisen, wenn es ihn zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt oder gegen ihn eine Massnahme im Sinne von Artikel 61 oder 64 des Strafgesetzbuches⁴ anordnet.

² Die Landesverweisung gilt ab Rechtskraft des Urteils; im Falle des

Vollzugs der Strafe oder Massnahme, gilt sie sobald der Verurteilte entlassen wird.

³ Die Landesverweisung kann auf Lebenszeit ausgesprochen werden, sofern der Verurteilte eine neue Tat begeht, die im Sinne von Absatz 1 geahndet wird, und er die neue Tat begeht während:

- a. des Vollzugs der Strafe oder Massnahme, dessentwegen die Landesverweisung nicht mit Rechtskraft des Urteils Gültigkeit erlangte; oder
- b. der Dauer einer gültigen Landesverweisung.

Art. 60c Abs. 2, 3 und 3^{bis} (neu)

² Aufgehoben

³ Das Gericht bemisst die Busse je nach den Verhältnissen des Täters so, dass dieser die Strafe erleidet, die seinem Verschulden angemessen ist.

^{3bis} Es spricht im Urteil für den Fall, dass die Busse nicht bezahlt wird, eine Ersatzfreiheitsstrafe aus. Hundert Franken Busse entsprechen einem Tag Freiheitsstrafe. Die Ersatzfreiheitsstrafe beträgt jedoch mindestens einen Tag und höchstens drei Monate.

Art. 60d

Aufgehoben

Art. 81 Abs. 1^{bis}

^{1bis} Für eine strafbare Handlung nach Absatz 1 ist eine Geldstrafe oder der Vollzug in Form gemeinnütziger Arbeit bei gleichzeitigem Ausschluss aus der Armee nach Artikel 49 ausgeschlossen.

Schlussbestimmungen zur Änderung vom ...

Wurde der Täter innerhalb der letzten fünf Jahre vor der Tat nach bisherigem Recht zu einer Geldstrafe von mehr als 180 Tagsätzen verurteilt, so ist der Aufschub des Vollzugs einer Freiheitsstrafe (Art. 36 Abs. 1) nur zulässig, wenn besonders günstige Umstände vorliegen.

II

Änderung bisherigen Rechts

Die nachstehenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

1. Jugendstrafgesetz vom 20. Juni 2003⁵

Art. 19 Abs. 2

² Alle Massnahmen enden mit Vollendung des 25. Altersjahres.

Art. 48^{bis} (neu) Beendigung von Massnahmen

Auf Jugendliche, gegenüber denen nach bisherigem Recht eine Massnahme angeordnet wurde, findet Artikel 19 Absatz 2 Anwendung.

2. Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007⁶

Art. 352 Abs 1 Bst. c

Aufgehoben

3. Militärstrafprozess vom 23. März 1979⁷

Art. 119 Abs. 1 Bst. a Ziff. 3

Aufgehoben

III

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

⁵ SR 311.1

⁶ SR ... (BBl 2007 6977)

⁷ SR 322.1

Modification du ...

*L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
vu le message du Conseil fédéral du ...¹,
arrête:*

I

Les lois mentionnées ci-après sont modifiées comme suit:

1. Code pénal²

Titre précédant l'art. 34

Titre 3 Peines et mesures

Chapitre 1 Peines

Section 1 Peine pécuniaire et peine privative de liberté

Art. 34, al. 1, première phrase, et 2, première phrase

¹ Sauf disposition contraire de la loi, la peine pécuniaire ne peut excéder 180 jours-amende. ...

² Le jour-amende est de 30 francs au moins et de 3000 francs au plus.
...

Art. 36, al. 3, let. c, 4 et 5

³ Si le condamné ne peut pas payer la peine pécuniaire parce que, sans sa faute, les circonstances qui ont déterminé la fixation du montant du jour-amende se sont notablement détériorées depuis le jugement, il peut demander au juge de suspendre l'exécution de la peine privative de liberté de substitution et à la place:

c. abrogée

⁴ *Abrogé*

⁵ La peine privative de liberté de substitution est exécutée dans la mesure où le condamné ne s'acquitte pas de la peine pécuniaire malgré la prolongation du délai de paiement ou la réduction du montant du jour-amende.

¹ FF ...
² RS 311.0

Art. 37 à 39

Abrogés

Art. 40

2. Peine privative
de liberté

¹ La durée minimale de la peine privative de liberté est de trois jours; elle peut être plus courte si la peine privative de liberté est prononcée par conversion d'une peine pécuniaire (art. 36) ou d'une amende (art. 106) que le condamné n'a pas payée.

² La durée de la peine privative de liberté est de 20 ans au plus. Lorsque la loi le prévoit expressément, la peine privative de liberté est prononcée à vie.

Art. 41

Abrogé

Art. 42, al. 1, 2 et 4

¹ Le juge suspend en règle générale l'exécution d'une peine privative de liberté de deux ans au plus lorsqu'une peine ferme ne paraît pas nécessaire pour détourner l'auteur d'autres crimes ou délits.

² Si, durant les cinq ans qui précèdent l'infraction, l'auteur a été condamné à une peine privative de liberté ferme ou avec sursis de plus de six mois, il ne peut y avoir de sursis à l'exécution de la peine qu'en cas de circonstances particulièrement favorables.

⁴ *Abrogé*

Art. 43, titre marginal, al. 1 et 3

2. Sursis partiel à
l'exécution de la
peine privative de
liberté

¹ Le juge peut suspendre partiellement l'exécution d'une peine privative de liberté d'un an au moins et de deux ans au plus afin de tenir compte de façon appropriée de la faute de l'auteur.

³ Tant la partie suspendue que la partie à exécuter doivent être de six mois au moins. Les règles d'octroi de la libération conditionnelle (art. 86) ne s'appliquent pas à la partie à exécuter.

Art. 46, al. 1, troisième phrase

Abrogée

Art. 51, deuxième phrase

... Un jour de détention correspond à un jour-amende.

Art. 67c (nouveau)

3a. Expulsion

¹ Le juge peut expulser du territoire suisse, pour une durée de trois à quinze ans, tout étranger qui a été condamné à une peine privative de liberté de plus d'un an ou qui fait l'objet d'une mesure au sens de l'art. 61 ou 64.

² L'expulsion prend effet dès que le jugement est entré en force ou, en cas d'exécution de la peine ou de la mesure, dès que le condamné est libéré.

³ Elle peut être prononcée à vie si une nouvelle peine ou mesure au sens de l'al. 1 est prononcée contre le condamné pour un acte commis :

- a. pendant l'exécution de la peine ou de la mesure en raison de laquelle l'expulsion n'a pas pris effet dès l'entrée en force du jugement ;
- b. pendant la durée de l'expulsion si elle a pris effet.

Art. 77b, al. 1, troisième phrase, et 2 (nouveau)

¹ ... L'accompagnement du détenu doit être garanti pendant le temps d'exécution.

² Les peines privatives de liberté de six mois au plus et les soldes de peine de moins de six mois après imputation de la détention subie avant le jugement sont en règle générale exécutés sous la forme de la semi-détention. Ils peuvent être exécutés dans la section spéciale d'un établissement de détention avant jugement.

Art. 79, titre marginal, al. 1 et 2

Exécution sous
forme de journées
séparées

¹ Une peine privative de liberté de 28 jours au plus peut, sur demande, être exécutée sous la forme de journées séparées. Elle est fractionnée en plusieurs périodes de détention et exécutée les jours de repos ou de vacances du condamné.

² Elle peut être exécutée dans la section spéciale d'un établissement de détention avant jugement.

Art. 79a (nouveau)

Travail d'intérêt
général

¹ A la demande du condamné, une peine privative de liberté de six mois au plus peut être exécutée sous la forme de travail d'intérêt

général.

² Le travail d'intérêt général doit être accompli au profit d'institutions sociales, d'œuvres d'utilité publique ou de personnes dans le besoin. Il n'est pas rémunéré.

³ Quatre heures de travail d'intérêt général correspondent à un jour de la peine privative de liberté.

⁴ L'autorité d'exécution fixe au condamné un délai de deux ans au plus pour accomplir le travail d'intérêt général.

⁵ Le condamné qui n'accomplit pas le travail d'intérêt général dans le délai fixé doit exécuter la peine privative de liberté sous forme de détention ordinaire.

Art. 79b (nouveau)

Surveillance
électronique

¹ A la demande du condamné, l'autorité d'exécution peut ordonner l'utilisation d'un appareil électronique fixé au condamné (surveillance électronique):

- a. au lieu de la détention ordinaire lors de l'exécution d'une peine privative de liberté de un à six mois, ou
- b. au lieu du travail et du logement externes, lors de l'exécution d'une peine privative de liberté de 18 mois au moins, la surveillance électronique devant alors être ordonnée pour trois mois au moins.

² Elle peut ordonner la surveillance électronique:

- a. si le condamné dispose d'un logement fixe;
- b. s'il exerce une activité régulière, qu'il s'agisse d'un emploi, d'une formation ou d'une occupation, au moins 20 heures par semaine, ou s'il est possible de l'y astreindre;
- c. si les personnes adultes faisant ménage commun avec lui y consentent, et
- d. s'il a approuvé le plan d'exécution établi à son intention.

³ Si les conditions prévues à l'al. 2, let. a et b, ne sont plus remplies ou que le condamné enfreigne les obligations fixées dans le plan d'exécution, l'autorité d'exécution peut mettre fin à la surveillance électronique ou limiter le temps libre accordé au condamné.

⁴ Le Conseil fédéral règle les modalités de la procédure d'autorisation et de l'exécution.

Art. 106, al. 2, 3 et 3^{bis}

² *Abrogé*

³ Le juge fixe l'amende en tenant compte de la situation de l'auteur afin que la peine corresponde à la faute commise.

^{3bis} Il prononce dans son jugement, pour le cas où le condamné ne paie pas l'amende, une peine privative de liberté de substitution. Cent francs d'amende correspondent à un jour de peine privative de liberté. La peine de substitution est d'un jour au moins et de trois mois au plus.

Art. 107

Abrogé

Dispositions finales de la modification du ...

Il ne peut y avoir de sursis à l'exécution d'une peine privative de liberté (art. 42, al. 1) qu'en cas de circonstances particulièrement favorables si, durant les cinq ans qui précèdent l'infraction, l'auteur a été condamné à une peine pécuniaire de plus de 180 jours-amende en vertu de l'ancien droit.

2. Code pénal militaire du 13 juin 1927³

Titre précédant l'art. 28

Titre 3 Peines et mesures

Chapitre 1

Peine pécuniaire, peine privative de liberté, dégradation

Art. 28, al. 1, première phrase, et 2, première phrase

¹ Sauf disposition contraire de la loi, la peine pécuniaire ne peut excéder 180 jours-amende. ...

² Le jour-amende est de 30 francs au moins et de 3000 francs au plus. ...

Art. 30, al. 3, let. c, 4 et 5

³ Si le condamné ne peut pas payer la peine pécuniaire parce que, sans sa faute, les circonstances qui ont déterminé la fixation du montant du jour-amende se sont notablement détériorées depuis le jugement, il peut demander au juge de suspendre l'exécution de la peine privative de liberté de substitution et à la place:

c. abrogée

⁴ *Abrogé*

⁵ La peine privative de liberté de substitution est exécutée dans la mesure où le condamné ne s'acquitte pas de la peine pécuniaire malgré la prolongation du délai de paiement ou la réduction du montant du jour-amende.

Art. 31 à 33

Abrogés

Art. 34

2. Peine privative
de liberté

¹ La durée minimale de la peine privative de liberté est de trois jours; elle peut être plus courte si la peine privative de liberté est prononcée par conversion d'une peine pécuniaire (art. 30) ou d'une amende (art. 60c) que le condamné n'a pas payée.

² La durée de la peine privative de liberté est de 20 ans au plus. Lorsque la loi le prévoit expressément, la peine privative de liberté est prononcée à vie.

3 RS 321.0

6

Art. 34a

Abrogé

Art. 36, al. 1, 2 et 4

¹ Le juge suspend en règle générale l'exécution d'une peine privative de liberté de deux ans au plus lorsqu'une peine ferme ne paraît pas nécessaire pour détourner l'auteur d'autres crimes ou délits.

² Si, durant les cinq ans qui précèdent l'infraction, l'auteur a été condamné à une peine privative de liberté ferme ou avec sursis de plus de six mois, il ne peut y avoir de sursis à l'exécution de la peine qu'en cas de circonstances particulièrement favorables.

⁴ *Abrogé*

Art. 37, titre marginal, al. 1 et 3

2. Sursis partiel à l'exécution de la peine privative de liberté

¹ Le juge peut suspendre partiellement l'exécution d'une peine privative de liberté d'un an au moins et de deux ans au plus afin de tenir compte de façon appropriée de la faute de l'auteur.

³ Tant la partie suspendue que la partie à exécuter doivent être de six mois au moins. Les règles d'octroi de la libération conditionnelle (art. 86 CP⁴) ne s'appliquent pas à la partie à exécuter.

Art. 40, al. 1, troisième phrase

Abrogée

Art. 44, al. 2

² Un jour de détention correspond à un jour-amende.

Art. 50a^{ter} (nouveau)

3a. Expulsion ¹ Le juge peut expulser du territoire suisse, pour une durée de trois à quinze ans, tout étranger qui a été condamné à une peine privative de liberté de plus d'un an ou qui fait l'objet d'une mesure au sens de l'art. 61 ou 64 CP⁵.

² L'expulsion prend effet dès que le jugement est entré en force ou, en cas d'exécution de la peine ou de la mesure, dès que le condamné est libéré.

³ Elle peut être prononcée à vie si une nouvelle peine ou mesure au sens de l'al. 1 est prononcée contre le condamné pour un acte commis :

- a. pendant l'exécution de la peine ou de la mesure en raison de laquelle l'expulsion n'a pas pris effet dès l'entrée en force du jugement ;
- b. pendant la durée de l'expulsion si elle a pris effet.

Art. 60c, al. 2, 3 et 3^{bis}

² *Abrogé*

³ Le juge fixe l'amende en tenant compte de la situation de l'auteur afin que la peine corresponde à la faute commise.

^{3bis} Il prononce dans son jugement, pour le cas où le condamné ne paie pas l'amende, une peine privative de liberté de substitution. Cent francs d'amende correspondent à un jour de peine privative de liberté. La peine de substitution est d'un jour au moins et de trois mois au plus.

Art. 60d

Abrogé

Art. 81, al. 1^{bis}

^{1bis} Pour un acte punissable selon l'al. 1, une peine pécuniaire ou l'exécution sous la forme de travail d'intérêt général n'entrent pas en considération lorsque la condamnation est assortie d'une exclusion de l'armée selon l'art. 49.

Dispositions finales de la modification du ...

Il ne peut y avoir de sursis à l'exécution d'une peine privative de liberté (art. 36, al. 1) qu'en cas de circonstances particulièrement favorables si, durant les cinq ans qui précèdent l'infraction, l'auteur a été condamné à une peine pécuniaire de plus de 180 jours-amende en vertu de l'ancien droit.

II

Modification du droit en vigueur

Les lois mentionnées ci-après sont modifiées comme suit :

1. Droit pénal des mineurs du 20 juin 2003⁶

Art. 19, al. 2

² Toutes les mesures prennent fin lorsque l'intéressé atteint l'âge de 25 ans.

Art. 48^{bis} (nouveau) Fin des mesures

L'art. 19, al. 2, s'applique aux mineurs qui ont fait l'objet d'une mesure en vertu de l'ancien droit.

2. Code de procédure pénale du 5 octobre 2007⁷

Art. 352, al. 1, let. c

Abrogée

3. Procédure pénale militaire du 23 mars 1979⁸

Art. 119, al. 1, let. a, ch. 3

Abrogé

III

¹ La présente loi est sujette au référendum.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

⁶ RS 311.1

⁷ RS ... (FF 2007 6583)

⁸ RS 322.1

